

Per Mail: vernehmlassung@gs-vbs.ch

Bern, 21. Mai 2026

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee durch Erhöhung der Mehrwertsteuer

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Position der Mitte:

Ja zu einer solidarischen, demokratischen und sozialverträglichen Finanzierung der Sicherheit

Die Sicherheitslage in und um Europa verschärft sich zusehends. Kriege, hybride Angriffe sowie verstärkte Versuche ausländischer Einflussnahme prägen das sicherheitspolitische Umfeld. Gleichzeitig verzeichnet die Schweiz auch im Inland einen Anstieg bei der organisierten Kriminalität, extremistischem Hass, gewalttätigen Ausschreitungen und radikalen Ideologien. Zudem bestehen weiterhin Fähigkeitslücken, etwa bei der Abwehr von Distanzwaffen oder Drohnen sowie bei der Bewältigung eines hybriden Angriffs. Diese Gemengelage verlangt verantwortungsvolles, vorausdenkendes Handeln und eine klare politische Antwort. Für Die Mitte ist klar: Es braucht gezielte Investitionen in die zivile und militärische Sicherheit.

Die Beratungen zum Entlastungspaket 2027 haben gezeigt, dass Forderungen nach einer Finanzierung ausschliesslich über Sparmassnahmen weder finanziell realistisch noch verantwortbar sind. Einsparungen im Bundeshaushalt in der Grössenordnung der geplanten Investitionen (31 Mrd. Franken über 10 Jahre) sind schlicht nicht möglich, ohne zentrale staatliche Aufgaben massiv zu schwächen. Die Mitte steht demgegenüber für Verantwortung: für klare Prioritäten im Budget und eine realitätsnahe Finanzierung, die auch einnahrseiteige Massnahmen vorsieht. Dies hatte Die Mitte wiederholt gefordert.

Der Bundesrat teilt diese Ansicht und schlägt vor, die Investitionen in die Sicherheit durch eine zweckgebundene, auf zehn Jahre befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie durch die Schaffung eines Rüstungsfonds zu decken. Ziel dieser Vorlage ist es, die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz zu stärken, bestehende Fähigkeitslücken zu schliessen und den Schutz von Bevölkerung und kritischer Infrastruktur nachhaltig zu verbessern. Die Mitte begrüsst diesen längst überfälligen Entscheid des Bundesrates und unterstützt die Stossrichtung der Vorlage ausdrücklich. Sie weist aber darauf hin, dass auch bei einer vollständigen Umsetzung der Vorlage weitere Sparanstrengungen im Bundeshaushalt nötig sein werden – nicht nur wegen der Armee, sondern allgemein wegen der Entwicklung der Haushaltslage des Bundes, unter anderem aufgrund der AHV-Ausgaben.

Warum die Mehrwertsteuer das geeignete Finanzierungsinstrument ist

Für Die Mitte ist die befristete Mehrwertsteuererhöhung aus drei Gründen das richtige Instrument zur Finanzierung der Sicherheit. Erstens ist die Sicherheit ein öffentliches Gut, das uneingeschränkt allen Bewohnerinnen und Bewohnern des Landes zugutekommt. Das rechtfertigt aus Sicht der Mitte, dass sich auch alle Haushalte solidarisch an der Finanzierung der Sicherheit beteiligen. Deshalb ist die Mehrwertsteuer geeignet, weil sie alle Menschen des Landes über deren Konsum in die Finanzierung einbindet.

Zweitens kann die Mehrwertsteuererhöhung sozialverträglich umgesetzt werden. Die Mitte streicht hervor, dass sowohl die Krankenkassenprämien wie auch die Mieten vollständig von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind. Insbesondere für Haushalte mit kleinem Budget sind diese Ausgabenposten gemeinsam der grösste Kostenfaktor. Gleichzeitig werden Güter des täglichen Bedarfs (z.B. Lebensmittel oder Medikamente) mit einem reduzierten Satz besteuert. Haushalte mit tiefem Einkommen konsumieren damit mehrheitlich Güter und Dienstleistungen, auf die keine oder nur reduziert Mehrwertsteuer entrichtet werden muss. Nichtsdestotrotz spricht sich Die Mitte dafür aus, den reduzierten Satz weniger stark oder gar nicht zu erhöhen. Mit diesem Vorschlag wird die Sozialverträglichkeit der Vorlage noch zusätzlich gestärkt. Gleichzeitig leisten mit einer sanften Erhöhung auch Haushalte mit kleinem Budget einen solidarischen Beitrag zur Sicherheit.

Drittens ist es nach Ansicht der Mitte demokratiepolitisch richtig, dass sich das Stimmvolk zu dieser zentralen Frage äussern kann. Die Bevölkerung entscheidet damit, ob sie dieses Geld für ihre Sicherheit ausgeben will. Die Mitte ist überzeugt, dass auch beim Volk ein breiter Konsens darüber besteht, dass Investitionen zur Nachrüstung der Armee und zur Stärkung der zivilen Bundesämter mit Sicherheitsaufgaben dringend nötig sind. Mit diesem Vorgehen des Bundesrates erhält die Finanzierung der Sicherheit die notwendige demokratische Legitimation und breite gesellschaftliche Akzeptanz. Die Mitte unterstützt dies vollumfänglich.

Warum der Rüstungsfonds die Sicherheit der Schweiz stärkt

Die Mitte betont nochmals, dass die aktuelle sicherheitspolitische Lage rasche und substanzielle Investitionen in die Sicherheit der Schweiz erfordert. Der vorgeschlagene Rüstungsfonds stellt dabei ein zentrales Instrument dar, um diese Investitionen planbar, effizient und zeitgerecht umzusetzen. Angesichts der angespannten Lage auf dem internationalen Rüstungsmarkt, in dem die Nachfrage das Angebot deutlich übersteigt, sind zunehmend hohe Anzahlungen erforderlich, um Beschaffungen überhaupt tätigen zu können.

Der Rüstungsfonds trägt dieser Realität Rechnung, indem er es ermöglicht, notwendige Zahlungsspitzen gezielt abzufedern. Die vorgesehene Möglichkeit einer befristeten Verschuldung bei der Bundestresorerie erlaubt es, grössere Investitionen zeitlich zu glätten. Indem die gewährten Darlehen innerhalb von sieben Jahren, spätestens aber bis zum Ende der befristeten Mehrwertsteuererhöhung zurückgezahlt werden, bleiben die Einnahmen und Ausgaben auf Dauer im Gleichgewicht. Die Vorlage wahrt damit die finanzpolitische Stabilität und steht im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse.

Hingegen hinterfragt Die Mitte die vorgeschlagene rechtlich verbindliche Koppelung von Mehrwertsteuererhöhung und Rüstungsfonds. Für Die Mitte ist klar, dass die Schaffung eines Rüstungsfonds in jedem Fall ein zwingender Schritt für die Plan- und Umsetzbarkeit der anstehenden Investitionen darstellt – dies unabhängig von der Art der Mittelzuweisung. Die Mitte ist der Ansicht, dass über diese Fragen getrennt beraten und abgestimmt werden sollte.

Die Mitte setzt mit ihrer klaren Unterstützung dieser Vorlage die Sicherheit der Schweiz an erste Stelle. Sie erwartet von den anderen Parteien konstruktive Mitarbeit, denn nur so kann dem Stimmvolk rasch eine Finanzierungsvorlage unterbreitet werden. Sollte das Vorhaben scheitern, ist eine ausserordentliche Verbuchung der dringend notwendigen Rüstungsausgaben unvermeidlich. Für Die Mitte ist deshalb klar: Wer eine sichere Schweiz und eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität will, muss jetzt Verantwortung übernehmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Philipp Matthias Bregy
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Blaise Fasel
Generalsekretär Die Mitte Schweiz